

München, den 12.09.2020

Stellungnahme

Stellungnahme zur Duldung von illegalen Online-Glücksspiel-Websites

Wie die Süddeutsche Zeitung am 09.09.2020 berichtete, beabsichtigen die Bundesländer die bisher illegalen Online-Websites von ausländischen Glücksspielanbietern bereits vor Inkrafttreten des neuen Glücksspieländerungsstaatsvertrags zu dulden.

Außerdem ist eine Erhöhung der Einzahlungshöchstgrenze von bisher 1000,- €/Monat im sogenannten „Einzelfall“ auf 10.000,- € bis 30.000,- €/Monat im Gespräch.

Die Anbieter illegaler Online-Glücksspiele verstoßen seit Jahren in Deutschland gegen bestehende Gesetze.

Da sich diese Anbieter keine nennenswerten Regeln zum Spielerschutz auferlegt haben, kann das Spielen auf diesen Websites mit wesentlich höheren Verlusten verbunden sein, als das hierzulande zugelassene terrestrische Spiel.

Damit werden Spieler in die Abhängigkeit geführt, was letztendlich zur Zerstörung Ihrer Existenz führen kann.

Die Einschränkung, dass sich die Online-Portale Beschränkungen für den Spielerschutz auferlegen sollen, um geduldet werden zu können, ist nach unserer Meinung Augenauswischerei.

Mit der Absicht, die Einsatzhöchstgrenze bei Online-Glücksspielen, wenn auch nur in Einzelfällen massiv zu erhöhen, verabschiedet sich die Politik von ihrer Verpflichtung, dem Spielerschutz ausreichend Rechnung zu tragen.

Wer darf den im Einzelfall ein solch hohes Einzahlungslimit ausschöpfen.

Wie soll man denn entscheiden können, ob derjenige vor Spielsucht und Existenzvernichtung geschützt ist?

Wer soll und kann dies überhaupt kontrollieren.

Diesen Überlegungen verschiedener Politiker fehlt jegliche vernünftige Basis.

Der neue Glücksspieländerungsstaatsvertrag, der im Sommer nächsten Jahres verabschiedet werden soll, sieht die Lizenzierung von Online-Glücksspielportalen vor.

Wir gehen davon aus, dass die Duldung illegaler Anbieter dazu führen würde, dass diese nach Verabschiedung des neuen Staatsvertrags Lizenzen erhalten werden.

Dagegen protestieren wir auf das schärfste.

Wie kann es sein, dass illegale Geschäftemacher plötzlich geduldet und lizenziert werden.

Das widerspricht jeglichem gesunden Rechtsempfinden.

Hier wird der Geschäftemacherei zum Nachteil von Spielern Tür und Tor geöffnet.

Die gesamte Fachwelt, die sich mit Glücksspielabhängigkeit und dessen fatalen, existenzvernichtenden Folgen beschäftigt, spricht sich ohnehin gegen die Zulassung von Online-Glücksspiel aus, so wie es zurzeit von Politikern geplant wird.

Wir fragen uns, warum die Politik dem Spielerschutz so wenig Gewicht beimisst, und dem Gewinnstreben der Glücksspielindustrie offensichtlich Vorrang vor dem Spielerschutz einräumt.

Man darf auf keinen Fall soweit gehen, dass illegale Unternehmen, die lange Jahre Gesetze gebrochen haben, plötzlich zu ehrenwerten Geschäftsleuten ernannt werden. Dies ist nach unserer Meinung ein Rechtsbruch, der in der Bundesrepublik seinesgleichen sucht.

Ein Autofahrer, der jahrelang ohne Führerschein fährt erhält staatlicherseits ja auch keine Duldung und Straffreiheit.

Wir wundern uns nicht, dass die Politikmüdigkeit der Bevölkerung immer mehr zunimmt, Die Politik ist drauf und dran Ihre Vorbildfunktion für die Bürger zu verlieren.

Abschließend stellen wir folgende Forderung:

1. Keine Duldung von illegalen Glücksspielanbietern
2. Keine Lizenzierung von illegalen Glücksspielanbietern
3. Stärkere Einbindung der Fachwelt und der Betroffenenvertreter in die Gesetzgebung für den Spielerschutz.
4. Überarbeitung des in Punkto Spielerschutz vollkommen unzureichenden Entwurfs des Glücksspieländerungsstaatsvertrags zusammen mit Fachleuten aus Wissenschaft und Praxis, sowie Betroffenenvertretern
5. Keine Erhöhung der geplanten Einzahlungshöchstgrenze, sondern Senken der Höchstgrenze auf einen tragbaren, realen Wert. Glücksspieler sind keine Dukatenesel.

Pressekontakt:

Betroffenenbeirat Bayern Stimme der SpielerInnen

E-Mail: info@betroffenenbeirat-bayern.de

Homepage: <https://www.betroffenenbeirat-bayern.de/>